KOMMENTARE



Der Preis der Freiheit

Bürgerrechte in Frankreich drastisch eingeschränkt

MADELEINE GULLERT

Trankreich ist nicht mehr das war. Die Anschläge vom 13. November haben die Franzosen nachhaltig erschüttert und verändert. Der Terrorismus und die Bedrohung durch Islamisten gehören heute zum Alltag – wie Soldaten an öffentlichen Plätzen, Taschenkontrollen und Barrikaden selbst in kleinen Orten.

Für viele Franzosen ist der 13. November das, was der 11. September für die USA ist. Die Angriffe auf das Konzert im Bataclan, das Pariser Stade de France und andere öffentliche Orte in der Hauptstadt stellen eine Zäsur dar. Mehr noch als die Angriffe zuvor auf die Journalisten bei Charlie Hebdo und den jüdischen Supermarkt. Vor zwei Jahren waren die französische Gesellschaft und ihre Werte das Ziel der islamistischen Attacken. Die Franzosen zeigen sich patriotisch und betonen immer wieder, dass sie sich im Alltag nicht einschränken. Indem sie ausgehen, ihr normales Leben fortführen, bieten sie dem Terrorismus die Stirn, so der Tenor. Also alles wie immer, alles so wie sonst? Mit-

nichten! Der öffentliche Diskurs ist gelassener als in Deutschland, obwohl die Bedrohung viel stärker ist. Es ist Normalität eingekehrt, zu der neuen Normalität gehört aber auch eine Beschneidung der Bürgerrechte. Beinahe zwei Jahre herrschte in Frankreich der Ausnahmezustand. Dass der nun beendet wurde, ist kein Grund zur Freude. Im Gegenteil. Dass viele Befugnisse des Staates in einem neuen Sicherheitsgesetz veran-

kert wurden, zementiert die Tatsache, dass die Bedrohung von Islamisten keine Ausnahme, sondern Dauerzustand ist.

Securité statt Liberté! Die Werte der Franzosen haben sich angesichts der hohen Bedrohungslage verschoben: zu Gunsten der Sicherheit, auf Kosten der Freiheit. Die Franzosen nehmen heute eine drastische Einschränkung ihrer Bürgerrechte in Kauf, was vor Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Und das wird sich angesichts anhaltender Bedrohung nicht so bald ändern.

Machtmissbrauch

Das ist traurig, noch trauriger ist allerdings, dass es keinen besonders großen Aufschrei gegeben hat. Selbst als öffentlich wurde, dass Polizisten ihre Befugnisse für präventive Durchsuchungen missbrauchten und nicht nur bei potenziellen Terroristen, sondern auch im Drogenmilieu von den Instrumenten Gebrauch machten. Menschenrechtsorganisationen kritisierten das, standen aber recht allein da. Bloß nicht noch einen Terroranschlag! Das scheint der Konsens zu sein, der die Angst der Franzosen zeigt. Diese Angst ist im Übrigen auch mit verantwortlich für den Erfolg des rechtsextremen Front National.

Eins aber hat die Politik versäumt: Die Debatte darüber, warum so viele junge Franzosen in den Dschihad ziehen, wurde nicht ausreichend geführt. Geschweige denn nach Lösungsansätzen gesucht.

► m.gullert@zeitungsverlag-aachen.de



Ein heißes Eisen

Gesundes Essen und höhere Steuern

► HAGEN STRAUSS (BERLIN)

ei dem Wort "Steuererhöhungen" reagieren die Bürger allergisch. Das ist auch der Grund, warum die Politik dieses heiße Eisen möglichst nicht anfasst. Selbst dann nicht, wenn die Forderung mai mit einer überzeugenden Idee verbunden ist.

Bereits heute ist mehr als die Hälfte der Deutschen zu dick. Einig sind sich alle, dass sich das Ernährungsverhalten vieler langfristig ändern muss. Ein ausgewogen gestaffeltes Mehrwertsteuersystem mit höheren Steuern für besonders zuckrige Lebensmittel und Steuerfreiheit für gesunde Nahrung könnte da hilf-

reich sein. Weil erkennbarer wird, was gesund ist und was nicht. Außerdem müssten die Hersteller die Rezepturen für ihre Fertiggerichte wohl anpassen. Die Verbraucher bekämen somit bessere Lebensmittei entweder zum selben oder zu einem günstigeren Preis.

Klingt zu schön, um wahr zu werden. Denn wenn man weiß, wie einflussreich die Lebensmittelindustrie ist und wie zaghaft die Politik, dann ist klar, dass dieser Vorschlag zwar die Debatte belebt. Aber seine Umsetzung dürfte ein frommer Wunsch blei-

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

AKTUELLES STICHWORT

Steuer auf Zuckerbomben

Im Kampf gegen die steigende Zahl von Übergewichtigen in Deutschland haben Ernährungsexperten eine deutliche Mehrwertsteuererhöhung für besonders zuckrige Lebensmittel und Softdrinks gefordert. Die bisherige Strategie, die hauptsächlich an die Verantwortung jedes Einzelnen appelliere und Ernährungskurse finanziere, sei gescheitert, kritisierte der Münchner Ernährungsmediziner Hans Hauner gestern bei der Vorstellung einer Studie in Berlin. Würden danach Obst und Gemüse gar nicht mehr besteuert, ungesunde Lebensmittel dagegen höher als bisher, würde der Anteil stark übergewichtiger Menschen nicht weiter steigen und könnte sogar um zehn Prozent sinken.

Bisher gilt für die meisten Lebensmittel der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent. Die im Auftrag mehrerer Organisationen erstellte Studie der Universität Hamburg schlägt ein gestaffeltes Mehrwertsteuersystem für Lebensmittel vor. Am erfolgversprechendsten und politisch realistischsten ist nach Ansicht des Hamburger Okonomen Tobias Effertz eine "Ampel" mit Null

Mehrwertsteuer für Obst und Gemüse (Grün), einem Steuersatz von sieben Prozent für Lebensmittel wie Nudeln, Milch oder Fleisch (Gelb) und 19 Prozent Mehrwertsteuer für Produkte mit viel zugesetztem Zucker, Salz oder Fett wie Fertiggerichte, Chips oder Süßigkeiten (Rot). Die Experten brachten darüber hinaus eine Anhebung des Steuersatzes für Softdrinks von heute 19 auf 29 Prozent ins Spiel.

Hauner zufolge spielen Softdrinks oft eine entscheidende Rolle bei der Entstehung einer Adipositas, also einer extremen Fettleibigkeit. Fruchtsäfte ohne Zuckerzusatz würden hingegen in die Kategorie gelb fallen. Die Experten verwiesen auf andere Länder, die die Steuern für ungesunde Produkte erhöhten. So hatten einige Städte in den USA eine Sondersteuer auf zuckerhaltige Getränke eingeführt, darunter Berkeley in Kalifornien. Dort sei der Absatz von Softdrinks um 21 Prozent gesunken. Zudem reduzierten Hersteller oft Fett und Zucker in den Rezepten. Hauner: "Die Bürger bekommen also bessere Produkte zum glei-

chen Preis." (afp) ► Kommentar

KLIMASCHUTZ



Zieht wegen der Folgen des Klimawandels vor Gericht: Der peruanische Kleinbauer Saúl Luciano Lliuya gestern vor dem OLG in Hamm. Dort wurde über seine Klage gegen den Energiekonzern RWE verhandelt. Das OLG hält einen zivilrechtlichen Anspruch des Bauern für möglich.

Etappensieg für Bauern aus Peru

Mitten in der UN-Klimakonferenz verhandelt das OLG Hamm über die Klage eines Peruaners gegen RWE. Er macht den Konzern mitverantwortlich für das Schmelzen der Gletscher in seiner Heimat und fordert Geld.

VON RODRIGO RUIZ TOVAR UND ROLF SCHRAA

Hamm/Bogota. In Südamerika schmelzen die Gletscher in Rekordgeschwindigkeit. Eine Folge: In den peruanischen Anden steigt der Wasserstand eines Bergsees bei Huaraz etwa 450 Kilometer nördlich von Lima seit Jahren an. Der Bauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya fürchtet, dass eine Flut sein Haus wegreißen könnte und hat den Energieriesen RWE verklagt. Der Bergbauer fordert Geld für Schutzmaßnahmen, denn RWE sei durch seinen hohen CO₂-Ausstoß für den globalen Klimawandel mitverantwortlich.

Gestern begann der Prozess in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht Hamm. Ein RWE-Anwalt hatte beim ersten Prozess argumentiert, dass nicht einzelne Unternehmen die Verantwortung für globale Phänomene übernehmen könnten. Denn sonst drohe eine Klagewelle aller gegen alle. Doch das OLG Hamm hält, wie es gestern deutlich machte, einen ziviirechtiichen Anspruch des Kiaprüfen sei nun, ob der Kläger in einem zweiten Schritt beweisen kann, dass speziell die Emissionen der Kohlekraftwerke von RWE für den Klimawandel in den Anden mitverantwortlich sind, sagte der Vorsitzende Richter Rolf Meyer

handlung zum Auftakt. Weiter geht es am 30. November. Dann will das Gericht verkünden, ob es in die Beweisaufnahme einsteigt. Die Nachfragen des Gerichts ließen eine Tendenz in diese Richtung erkennen.

sich der peruanische Bauer Lliuya bewegt: "Die Berge haben gewonnen. Die Lagunen sind die Tränen der Berge und die Gerechtigkeit hat das gehört und hat uns Recht gegeben", sagte er. Auch seine Prozessvertreterin zeigte sich erfreut: "Mein Ziel für den heutigen Tag ist zu 100 Prozent erreicht." Der Prozesstag zeige, dass die großen

Unternehmen mitverantwortlich seien für den Klimawandel. Für den Kläger sei es ein großer Fortschritt, dass ein Gericht die Klage

für schlüssig halte. Kritik: Würde der Kläger lung dustrie und letztendlich jeder Mensch, der Emissionen verursacht, vor Gericht landen, argumentierten die Prozessvertreter von RWE. Es käme zu einer Klage aller gegen alle. Das habe der Gesetzgeber sicher nicht gewollt. Es

weisen, dass die Emissionen von RWE zum Abschmelzen des Gletschers in den Anden führten, der oberhalb des Wohnorts von Lliuya liege. In Frage kämen auch viele andere Emittenten.

Der Vorsitzende Richter Meyer Nach der Verhandlung äußerte konnte dieser Argumentation

> "Die Berge haben gewonnen. Die Lagunen sind die Tränen der Berge und die Gerechtigkeit hat das gehört und hat uns Recht gegeben." SAÚL LUCIANO LLIUYA, PERUANISCHER **BAUER, DER RWE VERKLAGT**

nicht sehr viel abgewinnen. "Dürfen wir die Menschen, die von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, damit alleine lassen, wenn wir die Emissionen produzieren?", Die Vertreter von RWE äußerten fragte er. In der Folge sei vor allem lass, als einer der ersten Staatschefs dagegen bereits in der Verhand- von Bedeutung, ob der Kläger dar- weltweit im Sommer den Austritt legen konne, dass die Emissionen gers grundsätzlich für möglich. Zu Recht bekommen, könne jede In- von RWE für das Abschmelzen des Klimaabkommen von Paris zu kri-Gletschers in den Anden ursächlich seien.

Es könnte ein Prozess mit grundsätzlicher Bedeutung sein, denn in der Folge könnten deutsche Unternehmen für die Folgen des Klimawandels anderswo möglicherweise

gestern in der mündlichen Ver- sei letztendlich auch nicht zu be- haftbar gemacht werden. Denn viele Menschen sind vom Klimawandel geschädigt: Allein in den Anden stellen zahlreiche Berglagunen, die aus der Gletscherschmelze entstehen, eine Gefahr für Orte in den Bergen dar. Ein plötzlicher Anstieg des Wasserspiegels kann zu hohen Flutwellen führen und hat bereits Erdrutsche verursacht. Gletscher haben gerade in den tropischen Gebirgen zudem eine bedeutende Funktion als Wasserspeicher. Besonders wichtig sind sie etwa für die Wasserversorgung in Peru, Bolivien und Ecuador.

In Kolumbien soll es nach Angaben von Geschichtsbüchern vor 150 Jahren noch 15 Gletscher gegeben haben. Nun sind nur noch sechs Berge weiß bedeckt. Auch das könnte bald passé sein: Die Gletscher hier zählen zu den am schnellsten schmelzenden welt-

Kolumbiens radikale landschaftliche Veränderung war für Präsident Juan Manuel Santos Ander vereinigten Staaten aus dem tisieren. "Hier steht nichts weniger als das Überleben der Menschheit, des Planeten, auf dem Spiel. Wenn wir den Temperaturanstieg des Planeten nicht aufhalten, wird das uns alle negativ beeinflussen", so

Die Schattenseiten des Klimaschutzes

Hilfsorganisationen warnen, dass Klimaschutzprojekte den Menschen vor Ort auch schaden können

VON NAIMA WOLFSPERGER

Aachen/Bonn. Klimaschutz und der Mensch haben eine gewisse natürliche Verbindung. Damit das Leben der Menschen auf der Erde erträglich bleibt, muss man die menschengemachte Verschmutzung herunterschrauben. Klimaschutz und Menschenrechte hingegen, finden nicht so natürlich zusammen.

Politisch initiierte Projekte können den Menschen vor Ort sogar schaden. "Das ist einer der Gründe, warum sich viele Entwicklungshilfeorganisationen den Klimaschutz mit auf die Agenda gesetzt haben", sagt Anika Schroeder, Referentin für Klimawandel bei Misereor. Auch das bischöfliche Hilfswerk aus Aachen ist auf der Weltklimakonferenz (COP) in Bonn vertreten. "Wir verfolgen die Verhandlungen und schaffen an verschiedenen Stellen unsere Themen auf die Agenda."

Und die Themen sind vielfältig. Für die Planung von Entwicklungshilfeorganisationen spielen die langfristigen Gegebenheiten vor Ort eine große Rolle. "Wir müssen kein Wasserkraftwerk unterhalb eines Gletschers anlegen, wenn das Eis in absehbarer Zeit geschmolzen sein wird", sagt Schroeder. Und: "Es gibt oft auch Men-

Ajay Jha und Soumya Dutta vom indischen Organisationsverbund Cecoedecon/Pairvi, der sich für Bürgerrechte und erneuerbare Energien einsetzt, bestätigen das. Indien gilt als einer der Vorreiter im Bereich erneuerbarer Energie. "Aber die Windräder brauchen feste Betonplattformen, das verändert die Bodenbeschaffung dermaßen, dass sich in den Wüstengebieten von Rajasthan noch weniger Grundwasser ansammeln kann", sagt Jha. "Die Windräder und Solaranlagen in der Wüstenregion verändern die Gegend so sehr, dass die Tiere abwandern und den Menschen die Nahrungsgrundlage

schen, die unter Klimaschutz lei- Wüste mit den Anlagen nicht ländern bereits jetzt stark unter der mehr attraktiv", sagt Dutta. "Wir müssen darauf achten, den Menschen nicht ihre Überlebensgrundlagen zu entziehen."

Auf Klimaschutz kann man nicht verzichten. Auf Menschenrechte aber auch nicht. Man versuche also auf der COP die Menschenrechte und den Gedanken der Entwicklungshilfe in die Planungen rund um den internationalen Klimaschutz mit einzubringen, sagt Schroeder. "Die Menschen werden bei den Verhandlungen oft nicht mitgedacht. Dabei sind sie direkt von den Auswirkungen des Klimawandels und des Klimaschutzes betroffen." Sie argumentiert, dass die bevölkerungsfehlt. Auch Touristen finden die reichen Küsten von Entwicklungs-

die dafür sprechen, dass die Profiteure die Kosten übernehmen. Schließlich steht ihr Erfolg in direktem Zusammenhang mit der rapiden Erderwärmung. "Dass Staaten irgendwann zur

Erderwärmung leiden. Und wer für

die Folgen von Klimakatastrophen

bezahlen soll, steht durchaus zur

Debatte, denn es gibt Argumente

Kasse gebeten werden könnten, kann ich mir nicht vorstellen", sagt Misereor-Referentin Schroeder. Dennoch bieten Länder wie Deutschland oft finanzielle Unterstützungen, wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energiequellen geht – oder zur Begrenzung von Folgeschäden der Klimaerwär-

Ein Menschenrechtsthema wird auch in den kommenden Tagen verhandelt: Gleichberechtigung. Im Mai hat eine von der COP 22 beauftragte Arbeitsgruppe im Rahmen des Lima-Arbeitsprogramms ein Papier zu den Rechten der Frau im Bereich Klimaschutz aber eben auch auf der COP selbst verfasst. Die Forderungen des sogenannten Gender-Action-Plans (Gender-Aktionsplan) sind breitgefächert. Frauen sollen besser gehört werden auf den internationalen Konferenzen, denn, so sagt es Schroe-

der: "Armut ist weiblich."

Jamaika: Wohl noch keine Einigung zu Klimaschutz

Unter den Jamaika-Unterhändlern gibt es nach den Worten der Grünen-Parteichefin Simone Peter auch im Endspurt der Sondierungsgespräche noch immer keine Einigung über die künftige Klimaschutzpolitik. Union, FDP und Grüne streiten demnach noch darüber, wie groß der Abstand zu dem Ziel ist, wonach bis 2020 40 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 reduziert wer-

den sollen, wie Peter am Rande der

Sondierungen sagte. Die Union habe angeboten, zum Erreichen der Klimaziele zehn Kraftwerksblöcke zu schließen. Das reiche den Grünen bei weitem nicht aus, sagte Peter. Nach Auffassung der Grünen müssten etwa 90 bis 120 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, dafür müssten 20 Kraftwerksblöcke geschlossen werden. FDP und Union gingen von einer CO₂-Lücke von 32 bis 66 Millionen Tonnen aus. (dpa)